

Einigung kommen können, und war der Meinung, dass dies auch gar nicht anzustreben sei. Nachdem Sie nun die Vorlage nach Noten zerzaust haben, so dass eigentlich nichts mehr dran ist – und wir damit am Schluss dort sind, wo ich Sie am Anfang hinführen wollte –, stimme ich dieser Vorlage zu und möchte all jene bitten, die seinerzeit für Nichtentretten gestimmt haben, nun auch freudig zuzustimmen.

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes	109 Stimmen
Dagegen	10 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

88.008

Delegation bei der IPU. Bericht
Délégation auprès de l'UIP. Rapport

Im Namen der Delegation bei der Interparlamentarischen Union legen die Nationalräte **Fischer-Hägglings** und **Ott** den folgenden Bericht vor (*texte français voir Bulletin officiel du Conseil des Etats, session de printemps*):

A. Einleitung

Am 19. Dezember 1986 hat die Bundesversammlung den Bundesbeschluss über die Delegation bei der Interparlamentarischen Union verabschiedet (Handbuch Ziffer 49). Die Delegationsmitglieder werden fortan vom Büro des Nationalrates bestimmt bzw. vom Ständerat gewählt.

Der Bericht des Büros des Nationalrates vom 2. Oktober 1985 (Bundesblatt 1986 II 637) erläutert die Tragweite des Beschlusses. Die schweizerische Gruppe der IPU wandelt sich von der privatrechtlichen Bereinigung zur institutionalisierten Gruppe.

Die Interparlamentarische Union vereinigt heute 108 Parlamente. Sie wurde 1889 gegründet, und die Schweiz gehört ihr seit 1891 an. Die IPU will den Mitgliedern aller Parlamente ermöglichen, persönliche Kontakte zu knüpfen und gemeinsam darauf hinzuwirken, dass ihre Regierungen zur Festigung und Weiterentwicklung der parlamentarischen Institutionen sowie zur Förderung des Friedens und zur Zusammenarbeit unter den Völkern beitragen, indem sie namentlich die Ziele der Vereinten Nationen unterstützen. Zu diesem Zweck äussert die IPU sich zu allen internationalen Problemen, zu deren Lösung die Parlamente beitragen können, und macht Vorschläge für die Entwicklung des Parlamentes, für die Verbesserung seiner Organisation und für die Stärkung seines Ansehens.

Nach Artikel 3 Absatz 2 des Beschlusses soll der vorliegende Bericht über die Schwerpunkte der Tätigkeit der IPU und besonders der schweizerischen Delegation informieren. Er wird auf die Tagesordnung der eidgenössischen Räte gesetzt und von diesen diskutiert. Zum ersten Mal wird er im Amtlichen Bulletin der Bundesversammlung erscheinen. Die verabschiedeten Resolutionen werden im Bulletin interparlamentaire in französischer und in englischer Sprache veröffentlicht. Die deutsche Fassung kann beim Sekretär der Delegation bezogen werden.

Die Delegationen für die beiden Interparlamentarischen Konferenzen setzten sich wie folgt zusammen:

Managua (Frühling)

Theo Fischer-Hägglings (Präsident), Mario Grassi (Vizepräsident), Mitglieder des Interparlamentarischen Rates, sowie die Nationalräte Felix Auer, Richard Bäumlín, François Borel, Hans-Rudolf Früh, Claude Massy und Eva Segmüller.

Bangkok (Herbst)

Heinrich Ott (Präsident), Geneviève Aubry (Vizepräsidentin), Mitglieder des Interparlamentarischen Rates, sowie die Nationalräte Walter Biel, Pierre de Chastonay, Hans Georg Lühinger, Peter Sager, Rolf Weber und Ständerat Markus Kündig.

Im Anschluss an die Wahlen vom Oktober 1987 ist die Delegation für die 43. Legislaturperiode definitiv bestimmt worden. Sie besteht aus den Nationalräten Heinrich Ott (Präsident 1988 und 1989), Geneviève Aubry, Walter Biel, Gianfranco Cotti, Peter Sager sowie den Ständeräten Esther Bühler, Josi Meier (Vizepräsidentin 1988 und 1989) und Arthur Hänsenberger.

B. 77. Interparlamentarische Konferenz vom 27. April bis 2. Mai 1987 in Managua/Nicaragua

1. Der Beitrag der Parlamente zur weltweiten Kampagne für die Veranstaltung einer Friedenskonferenz über den Nahen Osten, die Durchführung der Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in bezug auf den Libanon, die Unterstützung der internationalen Bemühungen um Beendigung des Krieges zwischen Iran und Irak und die Auswirkungen auf den Frieden in diesem Gebiet, im Mittelmeerraum und in der Welt.

Im Namen der schweizerischen Delegation dankte Nationalrat Claude Massy der nicaraguanischen Gruppe für den herzlichen Empfang. Die Delegation hat ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass es Nicaragua gelingen möge, die drei Prinzipien seiner Politik, das heisst die Prinzipien der pluralistischen Demokratie, der gemischten Wirtschaft und der Blockfreiheit, weiter zu festigen.

Die Frage des Nahen Ostens wird ungelöst bleiben, solange nicht alle Staaten dieser Region, einschliesslich Israel, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen leben und alle Völker, einschliesslich des palästinensischen Volkes, von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen können. Die Länder Europas sind durch so zahlreiche Bande mit denjenigen des Nahen Ostens verbunden, dass ihnen das Schicksal einer Region, die ihnen nahesteht, nicht gleichgültig sein kann. Die Idee einer Friedenskonferenz unter der Leitung der Vereinten Nationen und mit Beteiligung der betroffenen Parteien hat in den letzten Wochen immer breitere Zustimmung gefunden. Die PLO, die in die Verhandlungen einzubeziehen ist, muss sich ausdrücklich verpflichten, eine friedliche Lösung des Konflikts anzustreben. Wie unser Bundespräsident erklärt hat, wäre die Schweiz bereit, eine solche Konferenz anzunehmen. Warum sollte das, was in Europa möglich war, wo sich die Nationen während rund tausend Jahren bekämpften, nicht auch zwischen den Völkern des Nahen Ostens möglich sein, die Abraham als ihren gemeinsamen Stammvater betrachten, das Wort Frieden fast gleich aussprechen und die Zeit nicht ganz vergessen haben, da sie in Harmonie miteinander lebten?

In Mexiko hat die Parlamentarische Konferenz alle Bemühungen, insbesondere diejenigen des UNO-Generalsekretärs, um eine friedliche Lösung des Krieges zwischen Iran und Irak unterstützt. Die Schweiz tut dies ebenfalls. Als Bürger des Depositarstaates der Genfer Konventionen protestieren die Schweizer heftig gegen die Verletzungen der internationalen Menschenrechtsverträge, insbesondere gegen den Einsatz chemischer Waffen, wie er von Iran beklagt wird. Dieser Krieg hat schon zu viele Menschenleben gefordert, vor allem unschuldige Kinder, die in den Konflikt hineingezogen und niedergemetzelt worden sind. Dem muss ein Ende gesetzt werden.

In bezug auf den Libanon bekräftigen die schweizerischen Parlamentarier, wieviel ihnen an einem souveränen, ungeteilten, unabhängigen, multikonfessionellen und demokratischen Libanon liegt. Die Schweiz wird alle Bemühungen unterstützen, die zum Ziel haben, der Bedrängnis dieses kleinen Landes ein Ende zu bereiten. Wie die parlamentarische Versammlung des Europarates verlangt hat, müssen

die europäischen Staaten nach der Wiederherstellung des Friedens alles unternehmen, um die nationale Versöhnung zu fördern und dem libanesischen Volk die Möglichkeit einzuräumen, sich frei zu einer Reform der Staatsordnung zu äussern, welche die Rechte der einzelnen Gemeinschaften wahrt und internationale Unterstützung geniesst.

Die schweizerische Gruppe wünscht, dass die Resolution, über die abgestimmt wird, nicht in einer Liste von Vorwürfen besteht, sondern einen Anstoss zum Dialog und zur Versöhnung darstellt.

Die verabschiedete Resolution anerkennt zum ersten Mal die Existenzberechtigung Israels.

2. Der Beitrag der Parlamente

- zur Verwirklichung fairer internationaler Handelsbeziehungen in allen Bereichen, einschliesslich des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten;

- zum Abbau von Zöllen und anderen Hindernissen;

- zum besseren Verständnis der sozioökonomischen Auswirkungen des Protektionismus, insbesondere auf die Entwicklungsländer.

Nationalrat Mario Grassi hat darauf hingewiesen, dass – verfolge man die Entwicklung der Weltwirtschaft seit den fünfziger Jahren – Zeiten der Krise und Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs sowie eine immer ausgeprägtere Integration der Volkswirtschaften festzustellen seien. Die Dollarkrise habe die erste Gelegenheit für eine Bezeugung der internationalen Zusammenarbeit geboten. So habe sich ein Gefühl der Mitverantwortung in der Weltwirtschaft entwickelt.

Das Gatt, das im Jahre 1948 gegründet wurde, um durch die Förderung einer offenen internationalen Wirtschaft die verheerenden Auswirkungen einer grossen Wirtschaftskrise zu verhindern, spielt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle. Leider betreiben gewisse Länder eine protektionistische Wirtschaftspolitik. Eine solche Haltung stellt eine ernstzunehmende Gefahr für die in Punta del Este unternommenen Anstrengungen dar. Die schweizerische Delegation schlägt vor, im Rahmen einer einzigen Verhandlung folgende drei Ziele zu verfolgen:

- die Stärkung der multilateralen Handelsbeziehungen;
- die Verbesserung des Zugangs zu den Märkten durch konkrete gegenseitige handelspolitische Zugeständnisse in Anwendung der neuen Regeln;
- die Erweiterung der wirtschafts-, finanz- und währungspolitischen Kompetenzen des Gatt.

Das Papier der schweizerischen Gruppe misst dem Problem der Dienstleistungen und dem Schutz des geistigen Eigentums, der durch die Bestimmungen der Konvention von Paris nicht mehr ausreichend gewährleistet ist, grosse Bedeutung bei.

Im Agrarbereich haben die Finanzhilfen, die den amerikanischen Bauern gewährt werden, genauso negative Auswirkungen wie diejenigen an die Bauern der EG und der Schweiz. Eine vollständige und uneingeschränkte Liberalisierung der Importe landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist ebenso undenkbar wie ein totaler und willkürlicher Protektionismus. Aus diesem Grund wird die Schweiz ihren Markt offenhalten, auch durch Zollpräferenzen. Sie wird auch eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Rohstoffländern fördern. In den nächsten Jahren werden alle Parlamentarier eine besondere Verantwortung übernehmen müssen, weil sie aufgerufen sein werden, zu zahlreichen Fragen des Welt handels Stellung zu nehmen.

Die in Managua versammelten Parlamentarier müssen dazu beitragen, die Autorität des Gatt wiederherzustellen, die durch Massnahmen, die mit dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen unvereinbar sind, untergraben worden ist. Die schweizerische Delegation hofft, dass die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen werden, das dem Wohl der ganzen Völkergemeinschaft dient. Die Verhandlungen müssen eine neue, auf Gerechtigkeit und Solidarität gegründete Weltwirtschaftsordnung anstreben.

Bei der Verabschiedung der Resolution durch die Wirtschaftskommission hat Claude Massy mit Erfolg einen Absatz eingebracht und «mit tiefer Befriedigung festgestellt, dass zum ersten Mal Fragen zu Dienstleistungen und zum Schutz des geistigen Eigentums in einer Erklärung des Gatt erscheinen.»

Die Resolution ist angenommen worden, nachdem die direkten Bezugnahmen auf das US-Wirtschaftsembargo gegenüber Nicaragua aus der Präambel gestrichen worden waren.

3. Der Beitrag der Parlamente zur Verwirklichung der Friedensziele in Mittelamerika

Frau Eva Segmüller hat erklärt, dass die Schweiz die lobenswerten Bemühungen der Contadora-Gruppe und die Initiative von Präsident Arias von Costa Rica, die einen bedeutenden Beitrag zum Frieden, zur Demokratie und zur Stabilität in Mittelamerika darstellt, voll und ganz unterstütze.

Nicht-Contadora-Länder, die wirtschaftliche Interessen in der Region verfolgen, sollten nach ihrer Auffassung dazu beitragen, ein Klima des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen, das jede einseitige und mit Gewalt herbeigeführte Lösung ausschliesse.

Nach Ansicht der schweizerischen Delegation

– muss für den Konflikt in Mittelamerika eine lateinamerikanische Lösung ausserhalb des Ost-West-Konfliktes gefunden werden;

– müssen in Mittelamerika pluralistische und die Menschenrechte respektierende Demokratien errichtet werden;

– müssen die Länder dieser Region ihre Regierungsform und ihr politisches, wirtschaftliches und soziales System frei wählen können;

– müssen tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Reformen durchgeführt werden;

– muss die Benutzung fremden Territoriums als Basis für den Angriff auf andere Länder untersagt werden;

– muss die ausländische Unterstützung irregulärer Truppen, die in der Region operieren, beendet werden.

Die Rednerin hat ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht, der Gipfel von Esquipulas möge zur Verwirklichung der Massnahmen beitragen, die für den ersehnten Frieden notwendig sind. Ausserdem hat sie auf den Ernst der wirtschaftlichen Lage in dieser Region hingewiesen.

Zum Schluss hat Frau Segmüller gesagt, die Schweiz werde ihre Entwicklungshilfe trotz der Ermordung von zwei Entwicklungshelfern in Nicaragua fortsetzen.

Frau Segmüller und Herr Borel haben zwei Aenderungsanträge unterbreitet; der eine weist auf die Bedeutung hin, die der Respektierung der Menschenrechte als wichtigem Beitrag zum Frieden zukommt, und fordert die Ratifizierung der Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen; der andere betrifft die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Esquipulas und fordert jene Staaten, die wirtschaftliche Interessen in der Region verfolgen, dazu auf, ein Friedensabkommen zu fördern. Die Aenderungsvorschläge sind in die Resolution aufgenommen worden.

4. Verschiedenes

Da die Delegation dem Kontakt mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten Nicaraguas grosse Bedeutung beimass, hat sie sich darauf beschränkt, ihre Stellungnahmen nur von einem einzigen Redner vortragen zu lassen.

So hat jedes Delegationsmitglied Zeit gefunden, sich ein persönliches Bild von der schwierigen Lage zu machen, in der sich die Regierung in Managua und das nicaraguansiche Volk befinden. Zu den Persönlichkeiten, mit denen sich die Delegationsmitglieder unterhalten haben, gehörte auch Kardinal Obando y Bravo, Erzbischof von Managua. Der Geistliche ist später beauftragt worden, eine Kommission zur Versöhnung zwischen Sandinisten und Contras zu präsidieren.

Die Delegation hat ihren Aufenthalt dazu genutzt, um sich über die schweizerischen Aktivitäten im Bereich der

Entwicklungszusammenarbeit zu informieren. Am 30. April hat sie einen Tag lang das ländliche Entwicklungsprojekt Chinorte im Nordosten des Landes besichtigt. Das Projekt, das zur Hälfte von Nicaragua und zur Hälfte von der Schweiz finanziert wird, soll das Leben der Bauern erträglicher gestalten, indem es Fragen der Oekologie, der Wohnsituation und der öffentlichen Gesundheit einbezieht. Die Parlamentarier haben die bisher erzielten Resultate positiv beurteilt und die Wirklichkeitsnähe des DEH-Projektes gelobt. Die Delegation hat auch die psychiatrische Klinik und das Kinderheim in Ciudad Sandino besucht.

C. 78. Interparlamentarische Konferenz vom 12. bis 17. Oktober 1987 in Bangkok

1. Beitrag der Parlamente zur:

- *Wahrung, Weiterentwicklung und Förderung der Menschenrechte;*
- *Beachtung der für die zwischenstaatlichen Beziehungen gültigen Grundregeln, Verträge und Verpflichtungen mit dem Ziel, das Flüchtlings- und Vertriebenenproblem zu lösen.*

Die Delegation hat diesem Thema höchste Bedeutung zugemessen. Sie hat ein zweiteiliges Memorandum (Menschenrechte und Flüchtlingsprobleme) eingereicht und einen Resolutionsentwurf ausgearbeitet.

Nationalrat Lühinger dankte der thailändischen Delegation für den herzlichen Empfang und die mustergültige Organisation der Konferenz. Er unterstrich dabei, die Schweiz verfüge über eine jahrhundertealte Asyltradition. 1979 schuf die Schweiz ein sehr liberales Asylgesetz; als Folge davon bewerben sich heute jährlich 10 000 Personen zum Asyl, während es früher nur 1000 waren. Im Verhältnis zur Zahl der Bevölkerung hat die Schweiz von allen europäischen Staaten den höchsten Anteil an Asylbewerbern.

Weitaus der grösste Teil der heute in der Schweiz um Aufnahme nachsuchenden Asylbewerber sind nicht Flüchtlinge, sondern Personen, die ihr Land verlassen haben, um Arbeit zu suchen. Andere kommen aus Kriegsgebieten oder aus sehr unsicheren Regionen, denen sie entinnen möchten. Es sind nicht die Aermsten, die in die Schweiz und in andere europäische Staaten kommen, sondern eher Leute mit einem gewissen finanziellen Rückhalt. Auch ohne Flüchtlinge hat die Schweiz nach Luxemburg den höchsten Ausländeranteil Europas. Dieser hohe Ausländeranteil ist zu einem heiklen innenpolitischen Problem geworden. Uebrigens stellt man in anderen europäischen Staaten eine gleiche Entwicklung fest. In verschiedenen europäischen Staaten – auch in der Schweiz – ist in den letzten zwölf Monaten das Asylverfahren verschärft worden. Man will zu einem rascheren Entscheid darüber gelangen, wer als Flüchtling aufgenommen werden kann oder als sogenannter Wirtschaftsflüchtling abgewiesen werden muss.

Diese Entwicklung ist bedauerlich, denn sie verdeckt die viel grösseren Probleme, die vor allem in Asien und Afrika zu bewältigen sind. Darum die erste Forderung im Resolutionsentwurf: Die wirtschaftlich hoch entwickelten Staaten der nördlichen Hemisphäre müssen ihre Asylpolitik koordinieren und ihre Verfahren angleichen. Es geht nicht an, dass jeder Einzelstaat versucht, den Strom der Asylbewerber von sich weg in die Nachbarstaaten zu lenken. Gleichzeitig müssen diese Staaten gemeinsam das neue und schwierige Problem der Personen lösen, die nicht Flüchtlinge sind, aber unter dem Vorwand, Flüchtlinge zu sein, Arbeit suchen. Ihre wachsende Zahl erschwert die Hilfe für die echten Flüchtlinge. Das zweite, nur gemeinsam zu lösende Problem ist die Rückkehr der Wirtschaftsflüchtlinge in ihre Heimat. Der Resolutionsentwurf empfiehlt den gemeinsamen Aufbau einer liberalen und grosszügigen Rückkehrhilfe. Dies setzt eine enge Zusammenarbeit mit den Ländern voraus, aus denen die Flüchtlinge stammen. Entscheidende Bedeutung kommt der ehrlichen Zusammenarbeit zwischen den Herkunfts- und den Aufnahmestaaten, aber auch den Durchgangsländern zu. Die Staaten Asiens, Afrikas sowie Süd-

und Zentralamerikas, die durch Flüchtlinge stark belastet sind, müssen von den Industrieländern mehr Hilfe erhalten. Die Herkunftsstaaten müssen sich Rechenschaft darüber abgeben, dass die Aufnahmestaaten mit grossen innenpolitischen Problemen zu kämpfen haben und dass die Flüchtlingshilfe nur wirksam sein kann, wenn sie von der gesamten Bevölkerung des Aufnahmelandes getragen wird. Die innenpolitischen Probleme der Aufnahmestaaten werden leichter zu meistern sein, wenn das Problem der Wirtschaftsflüchtlinge von demjenigen der echten Flüchtlinge getrennt wird. Die wirtschaftlich entwickelten Staaten würden sich auf diesem Weg besser bewusst, dass das Flüchtlingsproblem ein weltweites Problem darstellt. Die Lösung dieses Problems erfordert, dass Innen- und Aussenpolitik, Entwicklungshilfe, die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen sowie die Asyl- und Einwanderungspolitik koordiniert werden. Das Gesamtinteresse verlangt eine umfassende Sicht des Problems.

Die verabschiedete Resolution berücksichtigt die schweizerischen Vorschläge.

Der zweite Redner, Nationalrat de Chastonay, erklärte, es sei notwendig, dass die Interparlamentarische Union auf die besondere Aufgabe der Parlamente hinweise, die Menschenrechte zu schützen und zu fördern. In den demokratischen Staaten sind die Parlamente die höchste Staatsgewalt. Es ist somit an den Parlamentariern, eine wirksame Menschenrechtspolitik in die Wege zu leiten und zu fördern. Wem stünden denn auf nationaler Ebene bessere Mittel zur Verfügung als der Legislative? Es ist so etwas wie eine eigentliche Menschenrechtskultur zu schaffen und zu entwickeln, damit die Gesamtheit dieser Rechte zum festen Bestandteil des nationalen und kulturellen Erbes jedes Landes werde.

Aber die Menschenrechte sind auch Angelegenheiten. Zahlreiche Uebereinkommen sowie auch die Schlussakte von Helsinki bezeugen dies. Es ist Aufgabe der Parlamentarier, darüber zu wachen, dass sich die Regierungen für eine gegenseitig abgestimmte, wirksame Menschenrechtspolitik entscheiden und diese dann auch verwirklichen. Ihre Aufgabe ist es auch, ihren Mitbürgern verständlich zu machen, dass die Menschenrechte nicht an den Grenzen ihres Landes aufhören, sondern überall in der Welt gelten und dass sie für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt von entscheidender Bedeutung sind. Die Schweizer Gruppe ist bereit, diese Aufgabe zu übernehmen. Was die Menschenrechte anbelangt, müssen die Parlamente national und international zum eigentlichen Gewissen werden.

2. Der Beitrag der Parlamente zu den Bemühungen um Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker und zur Abschaffung der Apartheid und aller Formen des Rassismus

Im Verlauf der Debatte sagte Nationalrat Rolf Weber, es sei eigenartig oder bezeichnend, dass das Thema Kolonialismus immer wieder auf der Traktandenliste der interparlamentarischen Konferenzen erscheine, obwohl man eigentlich vierzig Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs den grossen Entkolonialisierungsprozess für abgeschlossen hält. Der Kolonialismus in seiner klassischen Form bestand in der Beherrschung von Territorien in Uebersee durch vorwiegend europäische Grossmächte. Seit 1945 setzte man diesen Untertanenverhältnissen nach und nach ein Ende und schuf unabhängige Staaten. Sichtbares Zeichen dieser Entwicklung ist die Zunahme der Zahl der Mitglieder der Vereinten Nationen und der Interparlamentarischen Union.

Indessen bestehen immer noch Ueberbleibsel solcher alter Kolonialherrschaften; ein Beispiel dafür ist Neukaledonien. Es ist Sache der Interparlamentarischen Union, eine Bestandesaufnahme dieser Restkolonien zu erstellen und zu publizieren. Es gibt aber auch neue Formen der Unterdrückung, den sogenannten Neokolonialismus, zum Beispiel in Namibia, Afghanistan und Tibet. Die Interparlamentarische Union

muss auch über diesen neuen Kolonialismus eine Bestandesaufnahme erstellen und veröffentlichen.

Nun zum Rassismus. Am provokativsten gebärdet er sich in Südafrika, wo die Gefahr, dass ein Konflikt ausbricht, unaufhörlich wächst. Der Bazillus des Rassismus zeigt sich aber auch in anderen Ländern, sogar in der Schweiz: in der negativen Haltung, welche etliche unserer Bürger gegenüber Ausländern zeigen, die als Flüchtlinge oder Arbeitsuchende in unser Land kommen. In den USA bestehen Spannungen zwischen Schwarzen und Weissen. Die Interparlamentarische Union hat die Aufgabe, die Weltöffentlichkeit zu informieren. Solange es die Apartheid gibt, wird dieses Thema immer wieder auf unserer Traktandenliste erscheinen.

Ein chinesischer Delegierter protestierte gegen die Anspielung auf Tibet. Die Uebertreibungen in der Resolution veranlassten die Schweizer Delegation, diese abzulehnen.

3. Allgemeine Debatte über die politische, wirtschaftliche und soziale Lage der Welt

Wie Nationalrat Heinrich Ott erklärte, sind die auf dem Weg zur partiellen nuklearen Abrüstung erzielten Fortschritte zugleich die Frucht wirtschaftlicher Notwendigkeiten und persönlicher Kontakte. Wird indessen neben der nuklearen Abrüstung nicht ein Gleichgewicht bei den konventionellen Streitkräften auf tiefem Niveau erreicht, so wird das Vertrauen schwinden statt wachsen.

Die rein defensive Verteidigungsdoktrin der Schweiz fand ein Echo in den Vorschlägen, welche die Warschaupaktstaaten anlässlich ihrer Gipfelkonferenz von 1987 in Berlin verabschiedeten. Diese Vorschläge eröffnen neue Perspektiven für die Schaffung des Friedens und müssen von der internationalen Staatengemeinschaft genau geprüft werden; die Interparlamentarische Union ist aufgerufen, in diesem Denkprozess eine wichtige Rolle zu übernehmen.

Auf Antrag der Schweizer Delegation wurde folgendes Thema für die nächste interparlamentarische Konferenz vorgemerkt: «Frieden und Entwicklung in der Welt durch die Schaffung eines Vertrauensklimas in den zwischenstaatlichen Beziehungen, das zu rein defensiven Militärkonzeptionen führen soll».

Nationalrat Peter Sager ging in seinem Votum auf das Bevölkerungswachstum ein. Er wies darauf hin, dass etwas mehr als 10 000 Jahre vergingen, bis Ende des letzten Jahrhunderts die Bevölkerungszahl der Erde eine Milliarde erreichte, dass aber in hundert Jahren zehn Milliarden Menschen auf der Erde leben werden. Zwischen den Industrienationen und den armen Ländern klafft ein breiter Graben; die Menge der produzierten Nahrungsmittel reicht im Prinzip aus, um die gesamte Weltbevölkerung zu ernähren, aber es ist nicht möglich, die Nahrungsmittel so zu verteilen, dass niemand hungern muss. Die Weltbank schätzt die Zahl der unterernährten Menschen auf etwa 730 Millionen.

Die Verstärkung in der Dritten Welt hat beträchtliche Auswirkungen auf die Umwelt. Die Drittweltländer pflanzen bedeutend weniger Bäume an, als sie fällen. Die Bevölkerungsexplosion wird eine Energieverknappung nach sich ziehen – von den klimatischen Veränderungen gar nicht zu reden; dies alles könnte dramatische Folgen haben.

Die Kindersterblichkeit ist zurückgegangen, und die durchschnittliche Lebenserwartung ist gestiegen; noch keinen Fortschritt erzielte man bei der Geburtenregelung. Es gab eine Zeit, wo die Einwohner der europäischen Länder aus einleuchtenden Gründen so viele Kinder als möglich haben wollten; nachdem die Verhältnisse sich geändert hatten, nahm das Bevölkerungswachstum ab.

Man muss Aids mit allen Mitteln bekämpfen und die Regierungen der Entwicklungsländer in ihrem Kampf gegen die Ausbreitung dieser Krankheit unterstützen.

4. Verschiedenes

Drei schweizerische Delegierte besuchten Flüchtlingslager an der Grenze zwischen Thailand und Kambodscha. Das

Lager Kao I Dang zählt 20 000 Personen, während «Site 2» über 180 000 Personen beherbergen soll. Wie die Parlamentarier feststellten, werden die Flüchtlinge ausreichend ernährt. Diese Leute haben weder Arbeit noch eine Zukunft; ihre Lage ist prekär. Es bleibt zu hoffen, eine politische Wende erlaube den Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat.

Ferner informierte sich Nationalrat Walter Biel über die Projekte des Uno-Programmes für Entwicklung (UNPD), die er besuchte. Er stellte fest, dass sich die einfachen bäuerlichen Lebensverhältnisse mit bescheidenen Mitteln verbessern liessen, vorausgesetzt, dass die sozio-kulturellen Rahmenbedingungen respektiert und von den Empfängern (der Hilfe) gewisse Eigenleistungen gefordert werden.

Herr Biel hat über diese Besuche einen detaillierten Bericht vorgelegt.

Die Delegation stattete auch der Schweizerschule von Bangkok einen Besuch ab. Nationalrätin Geneviève Aubry erläuterte bei dieser Gelegenheit in grossen Zügen das Bundesgesetz über die Unterstützung der Ausbildung junger Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer.

D. Interparlamentarische Konferenz vom 9. bis 13. November 1987 in Caracas über den Drogenmissbrauch und den illegalen Drogenhandel in der westlichen Hemisphäre

Nationalrat Paul Günter nahm als Beobachter an dieser Konferenz teil. Er beteiligte sich an der Debatte über den weltweiten Kampf gegen die Drogen und den Zusammenhang zwischen Drogen und Aids. Die Konferenz verabschiedete eine abschliessende Erklärung mit 64 Punkten. Einer davon schreibt vor, dass die Gesetze über Bank- und andere Geheimnisse nötigenfalls geändert werden müssen, wenn sie verunmöglichen, dass das Waschen von Geld aus dem Drogenhandel aufgedeckt wird.

Präsident: Die Delegation beantragt, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Angenommen – Adopté

87.071

Begrenzung der Einwanderung. Volksinitiative Limitation de l'immigration. Initiative populaire

Botschaft und Beschlussentwurf vom 25. November 1987 (BBI I, 589)
Message et projet d'arrêté du 25 novembre 1987 (FF I, 557)

*Anträge siehe Detailberatung
Propositions voir discussion par articles*

Postulat der Kommissionsminderheit (Pitteloud) Begrenzung der Einwanderung. Bericht

Der Bundesrat wird eingeladen, im Hinblick auf die Volksabstimmung über die Volksinitiative Begrenzung der Einwanderung einen Bericht vorzulegen über die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung.

Dieser Bericht soll einerseits die heutige Situation analysieren, andererseits Massnahmen vorschlagen, um diese Situation in dem Sinne zu verbessern, wie es mit dem Postulat Rechsteiner (87.917), das der Bundesrat im November 1987 entgegenzunehmen bereit war, verlangt wurde.

Delegation bei der IPU. Bericht

Délégation auprès de l'UIP. Rapport

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1988
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	14
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	88.008
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.03.1988 - 08:00
Date	
Data	
Seite	384-387
Page	
Pagina	
Ref. No	20 016 195

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.